



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 33

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Posen und Westpreukens

Nr. 33

Verantwortlich: **Carl Georg Bruns**
Schriftleitung: **Bromberg, Welzienplatz 1 III**
Fernruf Nr. 321

5. Nov. 1919

Inhalt: Aus den Deutschen Volksräten — Pressestimmen: Polnische Presse — Kleine Mitteilungen.

Aus den Deutschen Volksräten

Die Anerkennung des Allgemeinen Deutschen Schulausschusses durch den preußischen Staat ist durch einen Erlaß des Herrn Ministers Gaenisch erfolgt. Damit hat die preußische Unterrichtsverwaltung gezeigt, daß ihr das Schicksal des deutschen Schulwesens im Abtretungsgebiete auch am Herzen liegt. Diesen Erlaß, sowie den weiter unten mitgeteilten Sicherungserlaß für die Lehrerschaft verdankt das Deutschtum der unermüdlichen Arbeit des Allgemeinen Deutschen Schulausschusses.

Nunmehr ist zu erwarten, daß die zuständigen deutschen Behörden der deutschen Lehrerschaft und Bevölkerung bei der Bildung der örtlichen Schulausschüsse behilflich sind und sie in ihrer Arbeit mit Rat und Tat unterstützen. Vor allem aber muß die Lehrerschaft die Hände rühren, um an dem deutschen Schulselbstverwaltungskörper rechtzeitig mitzuarbeiten.

Der Erlaß des Herrn Ministers wird von der ganzen deutschen Bevölkerung mit Freude und Dank begrüßt.

Der ministerielle Erlaß lautet:

Berlin W 8, den 22. Oktober 1919.

Der Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung.

A. III. Nr. 296. 1.

In Bromberg hat sich ein „Allgemeiner Deutscher Schulausschuß“ gebildet, der sich die Erhaltung und den Neuaufbau des deutschen Schul- und Bildungswesens in den an Polen abzutretenden Gebieten zur

Mitteilungen

Aufgabe gesetzt hat. Er will insbesondere bei und nach der Übergabe der abzutretenden Gebiete an den polnischen Staat in allen Schul- und Bildungsangelegenheiten die deutschen Interessen dem polnischen Staate gegenüber vertreten. Zur Unterstützung seiner Arbeit wird er in Städten und Gemeinden Ortschulausschüsse gründen, die sich über die Schulverhältnisse ihrer Gemeinde, insbesondere die Organisation, die Vermögenslage, Statistik der Schulen usw. so schnell wie möglich zu unterrichten haben.

Dem Allgemeinen Deutschen Schulausschuß und den von ihm zu gründenden Ortschulausschüssen ist von den Schulaufsichtsbehörden jede Förderung zuteil werden zu lassen; es sind ihnen alle Auskünfte aus den Akten zu geben, die für ihre Tätigkeit zweckdienlich erscheinen, soweit nicht besondere Bedenken vorliegen. Der Allgemeine Deutsche Schulausschuß wird ein Verzeichnis der in Betracht kommenden Ortschulausschüsse dort vorlegen.

Die unteren Instanzen sind entsprechend anzuweisen.

An die Regierungen in Danzig, Marienwerder, Bromberg, sowie an das Prov.-Schulkollegium Danzig und an das Prov.-Schulkollegium in Posen, an den Deutschen Schulausschuß Bromberg.

gez. Gaenisch.

Ministererklärung an die Lehrer.

Der Allgemeine Deutsche Schulausschuß (Sitz Bromberg), der den Neuaufbau des deutschen Schulwesens im polnischen Staate betreibt, hat kürzlich den Herrn Minister für Volksbildung in Preußen um Sicherung der im Abtretungsgebiete verbleibenden Lehrerschaft gebeten. Auf seine Eingabe ist ihm folgender Erlaß des Ministers mitgeteilt worden:

Berlin W 8, den 13. Oktober 1919.

Der Minister
für Wissenschaft, Kunst und
Volksbildung.
A. III. 246. I.

Auf die Eingabe vom 25. September 1919.

Für die deutsche Bevölkerung der an Polen abzutretenden Gebiete ist es von größter Bedeutung, daß die deutschen Schulen in diesen Landesteilen fortbestehen, weil nur dann die heranwachsende deutsche Jugend deutsch erhalten werden kann. Im Interesse unserer deutschen Landsleute muß daher der Übertritt der möglichen Zahl deutscher Lehrer in den polnischen Schuldienst erstrebt und möglichst erleichtert werden. Bei den mit den polnischen Vertretern schwebenden Verhandlungen wird auf eine Sicherstellung der deutschen Lehrer und Lehrerinnen das größte Gewicht gelegt. Um auch unabhängig von dem Ergebnis dieser Verhandlungen nach Möglichkeit die Besorgnisse der deutschen Lehr-

personen vor Nachteilen, die ihnen aus dem Übertritt in den polnischen Schuldienst erwachsen können, zu zerstreuen, erkläre ich mich bereit, deutschen Lehrern und Lehrerinnen, die jetzt mit Billigung der deutschen Schulaufsichtsbehörden in polnische Dienste übertreten, später auf Wunsch den Rücktritt in den preußischen Schuldienst in jeder Hinsicht zu erleichtern und sie den Berufungsberechtigten in geeigneten Fällen zur Wahl vorzuschlagen, auch die für deutsche Auslandslehrer geltenden Bestimmungen, insbesondere den sinngemäß anzuwendenden Runderlaß vom 27. März 1905 (J. Bl. S. 338) auf sie auszudehnen. Sie sollen also durch den zeitweisen Übertritt in polnische Dienste keinen Nachteil erleiden.

gez. Haenisch.

So begrüßenswert diese grundsätzliche Rückendeckung der Lehrerschaft auch ist, so genügt sie noch nicht, um alle ihre Befürchtungen vor späterer Benachteiligung durch die Heimatbehörden zu zerstreuen. Es muß gesetzlich festgelegt werden, daß deutsche Lehrkräfte, die nach einer Reihe von Jahren aus polnischem Dienste in den heimatischen Schuldienst zurückkehren wollen, wieder in preußische Dienste zurückgenommen werden mit der Bestimmung, daß sie hinsichtlich der Befoldung und des Anspruches auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge so behandelt werden sollen, als ob sie den preußischen Schuldienst nicht unterbrochen hätten.

Pressestimmen

Polnische Presse

„Dziennik Gdański“ (Danzig) Nr. 53 vom
15. Oktober 1919.

Die deutschen Hoffnungen.

Schon mehr als einmal haben wir die Koalition auf die Gefahr des von den Deutschen hervorgerufenen Krieges im Osten aufmerksam gemacht. Wir haben belauschte Gespräche deutscher Zivil- und Militärpersonen, aus denen deutlich hervorging, daß die Anwerbung von Offizieren und

Soldaten mit Wissen der Regierung für die Armee Goltz und Vermont stattfindet. Es ist auch bekannt, daß in Reihen der bolschewistischen Armee bedeutende deutsche Formationen unter dem Kommando deutscher Offiziere sich befinden. Wir wissen auch, daß in der ukrainischen Armee viele deutsche und österreichische Soldaten und Offiziere waren. Auch ist es bekannt, daß unter Denikin das Korps Bredow kämpft. Man kann leicht annehmen, daß auch in der tschechischen Armee bald Deutsche erscheinen

werden — als endlich die Koalition diese Gefahr bemerkte und das Herausziehen des deutschen Militärs aus Litauen verlangte, liefen die deutschen Formationen zu den Russen über. Zur Täuschung brachten die Deutschen einige Kompagnien zurück, aber zum Ausgleich wurden um so mehr Leute und Kriegsmaterial nach Ostpreußen geschoben, so daß die Deutschen heute in Litauen mehr Militär als vor einigen Monaten haben. Die Komödie des von der Goltz ist allgemein bekannt. Anstatt zu demobilisieren und die Truppen zurückzuziehen, wurde die dortige Armee sowohl mit Leuten, wie auch mit Kriegsmaterial dauernd verstärkt. Die deutsche Regierung simuliert, daß die dortigen Formationen formell aufgelöst seien und daß man niemanden mehr herauslassen dürfe — weil sie schon genug haben.

Gleichzeitig aber sagt Noske ein neues Werbeprogramm an. Sie geben zu, daß sie 400 000 haben, dabei stehen schon allein in Schlesien 200 000, in West- und Ostpreußen und im Posenenschen stehen gleichfalls mindestens 250 000, und Pommern und Brandenburg sind mit verschiedenen Formationen geradezu übersutet. Somit überreiben wir nicht im geringsten, wenn wir behaupten, daß die Deutschen im Osten an allen Punkten eine Millionenarmee haben.

Die Bemühungen zwecks Vereinigung mit den Bolschewisten und Denikin sind bekannt. Das einzige Ziel ist, eine starke deutsche Armee zu organisieren, die auf das gegebene Zeichen sich mit Denikin und Kolczak vereinigt, den Bolschewismus vernichtet und ein großes Rußland mit einem Zaren, vielleicht auch einem Hohenzollern, an der Spitze wieder herstellt. Die zarischen und deutschen Armeen würden dann Polen, Litauen und die Ukraine angreifen, sie zerschlagen, um ein neues großes Deutschland zu schaffen. Davon sprechen die hiesigen Zivis sowie auch Militärpersonen ganz offen; sie sprechen von deutschen „Ostmarken“, „Volksräten“, die sich so schimpflich benehmen, „Vereine“ und anderen deutschen Organisationen. Sie arbeiten angestrengt daran, die Deutschen in unseren Gegenden festzuhalten als einen äußersten Posten und versprechen Schutz und Unterstützung den

einen. Anderen wiederum, z. B. den Lehrern raten sie von einer Auswanderung ab, weil sie ihnen in Deutschland weder Schutz noch Hilfe geben können, versuchen aber für sie von der polnischen Regierung möglichst viel Vergünstigungen zu erzielen.

Die peinliche Situation, durch das Koalitions-Ultimatum hervorgerufen, erklären die Deutschen mit dem Ungehorsam der Truppen in Estland und Litauen. Sie erklären die Formationen hätten sich freiwillig aufgelöst und sind zu den russischen estnischen und litauischen Truppen übergegangen.

Infolgedessen hat Noske über sie keine Macht mehr. Sie drohen ihnen mit der Soldentziehung, wissen aber, daß die Bolschewisten Denikin und andere ihnen 18 Mark täglich zahlen. Es ist auch kein Geheimnis, daß die Deutschen bedeutende Unterstützungen diesen ihren Freunden zukommen lassen und selbst dabei dicht vor dem Abgrund stehen. Ebert, Noske und ihre Freunde schwärmen vielleicht von einer großen deutschen Republik, von gemeinsamen Grenzen mit Rußland. Ich zweifle aber, daß sie wirklich so naiv sind, um die Gesinnung dieser Truppen und ihrer Führer nicht zu kennen. Ich zweifle, ob ihnen Reinhard wirklich so unschuldig aussieht? Ich habe den Eindruck, daß bloß die unabhängigen Sozialisten und Spartakisten sich Rechenschaft davon ablegen, wohin diese ganze Komödie führt. Es handelt sich doch um nichts anderes, als um die Wiedereinführung eines russischen Zarismus und eines deutschen Kaisertums.

Fortsetzung in Nr. 54 vom 16. Oktober.

Die revolutionäre Regierung zentralisiert die Regierungen der verbündeten Staaten, ihnen alle Prerogative der verbündeten Republiken abnehmend und somit großartig das Terrain für den preußischen Absolutismus und auch für das Kaisertum vorzubereiten. Es scheint, daß alle bedeutenderen Deutschen unseres Distrikts — sowie aus der Verwaltung als auch Private, die deutschen Geistlichen und Lehrer nicht ausgenommen — bestimmte Informationen haben. Seit einiger Zeit bemerkt man bei ihnen ein

mächtiges Anwachsen der Zuberficht und Sicherheit. Sogar die, welche unlängst noch wie geschlagen umhergingen, lachen heute wieder und betrachten mit Zuberficht die Verwaltungspersonen. Singen wieder vom „Vaterland“, und sich manchmal versprechend, reden sie etwas von ihren Plänen und Hoffnungen. Die Urelauber von der posenschen Demarkationslinie erzählen offen, daß sie bald auf das posensche Militär loszuschlagen werden. Die hiesigen Deutschen ziehen unter der Maske eines unschuldigen Sichinteressierens Informationen über die polnischen Fortschritte ein. Nicht bloß in den Städten, aber auch auf den Dörfern erklären sie mit Sicherheit:

„Polen hat noch nicht die preußischen Teile und wir werden sie ihnen auch nicht geben.“ Die besser Informierten rechnen fast mit Sicherheit auf einen Krieg mit Polen, mit einer Verständigung mit Goltz, Denikin und den Bolschewisten und rechnen auch mit Sicherheit darauf, daß die deutschen Truppen den schmällichen Befehlen aus Berlin nicht Folge leisten werden. Sie wissen es und sind sich dessen sicher, daß die Truppen im Osten und ihre Führer Monarchisten und ergebene Anhänger der Hohenzollern sind. Sie erwarten also einen Krieg mit Polen, Litauen und Estland und eine Wiederaufrichtung der Hohenzollernschen Monarchie. Davon sprechen sie laut und mit großem Vertrauen, und deshalb wächst ihre Zuberficht auch immer mehr. Und Berlin mobilisiert im stillen. Nach außen aber petraktiert es wie ein unschuldiges Lamm. Der Koalitionskommission zeigen sie potemtinsche Dörfer, Klagen, und haben indessen Militär, Kriegsmaterial und Munition in Hülle und Fülle. Nach Berlin kommen sogar aus England Listen mit Schokolade, welche aber die ausgehungerten Deutschen nicht essen, weil sie, wie es ein gewisser deutscher Militär erklärte, für die Polen bestimmt ist, weil die Schokolade arseniumhaltig und todbringend ist.

Die Koalition droht, die Deutschen aber machen sich daraus nichts, denn sie glauben, daß Polen, Litauen und Estland von allen Seiten angegriffen, nicht aushalten und kapitulieren werden. Die Deutschen haben auch Lebensmittel, wie man in Berlin er-

klärte und brauchen deshalb auch nicht Lebensmittel von der Koalition, sondern sie wollen sich ihre Vorräte aus den von fremdstämmigen Untertanen bewohnten Distrikten vervollständigen und damit die dortigen Bewohner zum Hungertode verurteilen. Und was wird die Koalition beginnen? Die Deutschen verstehen es so: Auf neue militärische Impressionen wird die Koalition sich nicht mehr einlassen. Und wenn die Deutschen sich mit Rußland vereinigen würden und der Koalition aufs neue drohen, werden sie den Friedensvertrag in Fetzen zerreißen — und wieder stärker als je sein.

So versteht es der preußisch-deutsche Machiavellismus. Sie vergessen aber nur das eine, daß die Geschicke der Völker höhere Mächte leiten, daß einer da ist, der wirklich geduldig, aber auch furchtbar gerecht ist. Er hat schon einmal den Stolz und die Nichtswürdigkeit herabgesetzt, aber wehe, wehe, wenn sie nochmals mit ihren satanischen Plänen beginnen sollten. Weder die schwere Artillerie, die sie nicht abgeliefert haben, noch die Unterseeboote, noch alle anderen versteckten Materialien und tödlichen Gase werden den Allerhöchsten nicht entkräftigen, noch seine Pläne durchkreuzen.

Die göttliche Vorsehung regiert und wacht — verlangt aber auch von uns Wachsamkeit und Arbeit.

(Wir geben diese Auslassung als Zeichen, mit welchen Mitteln von polnischer Seite die Stimmung verkehrt wird. Die Ausführungen richten sich im übrigen in ihrer vollendeten Sinnlosigkeit von selbst. D. R.)

„Wiarus Polski“ (Bochum) Nr. 242 vom 18. Oktober 1919.

Der Kampf mit dem Wuchertum und der Spekulation in Großpolen.

(Bekanntmachung.) Zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation in den gewesenen preußischen Distrikten hat der Minister dieses Distriktes im Dekret vom 27. September d. J. eine spezielle Kommission zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation ins Leben gerufen. Diese Kommission wird mit aller Unnachlässigkeit jede Art Wucher und Spekulation mit Waren des täglichen Gebrauchs und Kriegsmaterial,

welche von den Produzenten selbst oder vom Vermittler betrieben werden, sowie auch Anhäufung irgendwelcher Waren zwecks Verkauf derselben mit Bucherverdienst aufs energischste bekämpfen. Aber ohne Hilfe der Öffentlichkeit kann der Kampf keine Früchte tragen, und darum wendet sich die Verwaltung dieser Kommission an die Öffentlichkeit mit dem Appell, die Arbeit der Kommission im Kampfe mit dem Bucher und der Spekulation zu unterstützen nicht bloß mit Worten, sondern auch mit der Tat. Um endlich die immer größer werdende Ausnützung von seiten des Buchers mit den Artikeln des täglichen Gebrauchs (Lebensmittel, Kleidung, Schuhzeug, Heizung, Zigaretten und anderes mehr) abzuschütteln, ist sofort jeder ihnen bekannte Fall der Verwaltung zu Bekämpfung des Buchers und der Spekulation in Posen, Mühlenstraße 1a oder einem der Inspektoren dieser Kommission, welche in Kürze in jeder Kreisstadt ihre Tätigkeit aufnehmen werden, zu melden.

Wir sind überzeugt, daß mit Hilfe der Öffentlichkeit wir den Bucher und Spekulation überwältigen werden und damit zur Erleichterung der durch den Krieg verarmten Bevölkerung beitragen werden.

Die Gamsterer, Spekulanten und Bucherer mit den Artikeln der täglichen Notwendigkeiten und Kriegsmaterial wollen wir zur Warnung daran erinnern, daß die Verordnung eine Strafe bis fünf Jahre Zuchthaus und bis 500 000 Mark Geldstrafe vorsieht, gleichzeitig werden die Bucherwaren beschlagnahmt und der Besitzer der Bürgerrechte als verlustig erklärt.

Die Verwaltung der Kommission zur Bekämpfung des Buchers und der Spekulation wird alle Bemühungen daran setzen, um diese verachtungswürdigen Taten mit den Lebensmitteln der ersten Notwendigkeit mit aller Gerechtigkeit zu verfolgen.

Die ihr bekannten Fälle wird die Kommission veröffentlichten.

Posen, den 3. Oktober 1919.

Die Verwaltung zur Bekämpfung des Buchers und der Spekulation für die gewesenen preußischen Distrikte.

gez.: Wlazo.

„Dziennik Łęcowski“ (Dirschau) Nr. 18 vom 21. Oktober 1919.

Aus dem Bütower Kreise.

Traurige Nachrichten kommen von dort. Noch immer ist nicht der Entschluß über das Schicksal der Bütower Länder gefaßt — da der Vertreter der Entente in Berlin versicherte, daß man diese Angelegenheit an Ort und Stelle entscheiden müsse. Trotzdem aber verkaufen die Polen ihre Grundstücke in großer Eile den Deutschen. Ich habe z. B. nie geglaubt, daß Herr B. aus Ugojcz sein Land an einen Deutschen verkaufen würde. Ich habe ihn immer für einen guten Polen gehalten. Solange die Grenze noch nicht reguliert ist, dürfen unsere Brüder, die Raschuben, auch nicht einen Schritt weichen. Jede Stimme ist nötig, da eventuell eine Abstimmung das Schicksal dieser Länder bestimmen wird. Die Deutschen im Namslauer Kreise verlangen eine Abstimmung. Warum sollt Ihr nicht dasselbe Recht haben? Die Pflicht eines jeden Polen in der dortigen Gegend ist also, das Land nicht voreilig zu verschleudern.

Zur Information wollen wir noch mitteilen, daß alle Polen, welche unter deutscher Obrigkeit geblieben sind, das Recht haben, nach zwei Jahren die polnische Untertanschaft anzunehmen. Nach zwölf Monaten müssen sie dann aber nach Polen übersiedeln, wenn sie nicht die polnische Untertanschaft verlieren wollen. Ihr habt also noch fast drei Jahre Zeit, eure Besitztümer zu verkaufen. Deshalb ist diese Übereilung keinesfalls gerechtfertigt.

(Der Friedensvertrag hat über das Schicksal der Bütower Länder entschieden. Sie bleiben beim Deutschen Reich. D. R.)

„Dziennik Łęcowski“ (Dirschau) Nr. 16 vom 18. Oktober 1919.

Die polnischen Angelegenheiten.

Der Pariser Rat und unsere Angelegenheiten.

Der Oberste Rat hat mit Pichon als Vorsitzenden in Paris eine Sitzung abgehalten. Es wurde der Kommission für polnische Angelegenheiten, deren Vorsitzender Cambon ist, empfohlen, eine gemischte Kommission aus drei Personen bestehend zu bilden, die die Schritte untersuchen soll, welche nötig sind,

um die Durchführung der Artikel 100—104 des Friedensvertrages mit Deutschland, welche die Angelegenheit der von Deutschland an Polen abzutretenden Gebiete behandelt, durchzusetzen. Diese Kommission soll die polnisch-deutschen Grenzen festlegen, die Konstitution der freien Stadt Danzig ausarbeiten und hauptsächlich Verträge, welche die Kontrolle Polens sowie auch die Verwaltung über die Danziger Häfen und auch die an der Weichsel sichern.

„Dziennik Gdański“ (Danzig) Nr. 50 vom 11. Oktober 1919.

Paderewski in London.

Aus Warschau schreibt man dem „Kurjer Zwowski“: Paderewski, der höchstwahrscheinlich bis zum 15. d. Mts. in London bleiben wird, arbeitet an der Umstimmung der englischen Meinung. Die Kreise der Regierung sind augenblicklich günstig für Polen gestimmt. Dennoch hat die englische Arbeiterpartei einen großen Einfluß auf Lloyd George, welcher immer noch mit den deutschen Sozialisten sympathisiert.

Es besteht die Aussicht, daß die galizische Frage für uns günstig entschieden werden wird, aber es fehlen immer noch sichere Informationen darüber.

Augenblicklich werden in London die östlichen Grenzen Polens besprochen. Die Engländer betrachten als ihre Interessensphäre nur Finnland und Estland und sind bereit, die Supremation der polnischen Interessen in Kurland und Litauen anzuerkennen. Sie sind bereit, eine Vereinigung dieser Länder mit Polen auf dem Wege einer Union zu gestatten.

In London wurde auch schon die Angelegenheit der weiteren Kriegsführung Polens mit den Bolschewisten erörtert. Es komme den Polen nicht mehr zu, den Krieg gegen die Bolschewisten auf eigene Kosten zu führen.

„Pieśgrzym“ (Pielplin) Nr. 128 vom 15. Oktober 1919.

Aus dem Posenschen.

Die polnischen Richter kommen nach Posen zur Übernahme der Stellen. Es sind für sie 170 möblierte Zimmer in Posen erforderlich. Jetzt werden die deutschen

Richter erkennen, welche mit der Drohung eines Streiks Polen erschrecken wollten, daß es auch ohne ihre Hilfe gehen wird.

„Dziennik Gdański“ (Danzig) Nr. 51 vom 12. Oktober 1919.

Landesleute! Helft Danzig polonisieren.

Der Versailler Friedensvertrag hat Danzig trotz des Protestes der Polen als eine freie Stadt unter dem Schutze des Völkerbundes erklärt. Die altpolnische Stadt Danzig, germanisiert durch eine 100 jährige preussische Gewaltpolitik, ist den Polen nicht zugesprochen worden, trotzdem sie nur äußerlich einen deutschen Charakter trägt. Es wird behauptet, daß es nicht zulässig sei, eine überwiegend deutsche Stadt unter die Herrschaft der Polen zu geben. Nichtsdestoweniger müssen es unsere Bemühungen sein, Danzig für Polen zu gewinnen. Die einzige Möglichkeit, damit Danzig zu Polen zurückkommt, wohin es eigentlich gehört, ist, in Danzig eine polnische Mehrheit zu schaffen. Wenn die Mehrheit der Danziger Einwohner die Vereinigung mit Polen verlangen wird, dann wird der Völkerbund dem sich nicht widersetzen. Darum wenden wir uns mit einem Appell an unsere Landesleute in Polen, sowie auch im Auslande, mit allen Kräften danach zu streben, den verlorenen polnischen Ort wieder zu gewinnen. Kommt, polnische Kaufleute. Nur ein Danziger Hotel befindet sich in deutschen Händen. Polnische Fabrikanten, bemüht euch darum, daß in Danzig polnische Fabriken erbaut werden. Es wird sich dann Arbeit für Tausende polnischer Arbeiter finden.

Möge die polnische Meinung davon durchdrungen sein, daß Danzig polnisch sein wird. Wenn wir uns alle an die Arbeit machen werden, wenn ganz Polen dazu helfen wird, Danzig zu polonisieren, dann kann uns keine Macht der Welt die polnische Sprache in Danzig verbieten, wir werden dann im Rathaus polnisch sprechen und nicht deutsch.

Wir werden uns einen polnischen Oberbürgermeister wählen und Danzig mit Polen vereinigen.

„*Dziennik Berlinski*“ (Berlin) Nr. 225 vom
2. Oktober 1919.

Schwere wirtschaftliche Bedingungen Polens.

Seit Öffnung der Grenzen des Landes für die Einfuhr ausländischer Waren sehen wir ein ständiges und immer schleu-
nigeres Sinken des Wertes der polnischen
Mark, und das schon nicht nur im Verhältnis
zur Baluta der Ententemächte, sondern sogar
im Verhältnis zur deutschen Mark. Ander-
seits wird die momentane Preiserniedrigung
der Waren, welche durch die Zufuhr ver-
hältnismäßig billigerer Artikel hervorgerufen
wurde, immer weniger bemerkbar. Die
neuen Transaktionen und neue Warenpartien
werden ständig zu immer höheren Preisen
gekauft und immer teurer im Lande verkauft.

Ebenso sind die Preise der Lebensmittel
im Verhältnis zu den vorherigen Preisen
bedeutend gestiegen. Der Import einer
großen Menge von Lebensmitteln aus
Amerika hat auf die Preisermäßigung keinen
Einfluß gehabt. Diese Teuerung wird mit
der Zeit zu einem Faktor, welcher es uner-
bittlich zum Ruin der Landeswirtschaft
bringen wird.

Unsere ganze Allgemeinheit, begonnen
von den ärmsten Volkskreisen und schließend
mit den sehr reichen, bemüht sich jedoch
vollständig zu vergessen, in welchen schweren
wirtschaftlichen Bedingungen wir verbleiben,
und denken nicht nur gar nicht daran, den
Maßstab ihrer Bedürfnisse zu verringern,
sondern vergrößert sie im Gegenteil von Tag
zu Tag. Die Bedürfnisse wachsen also, die
Produktion dagegen steht fast unbeweglich.
Man hört sehr wenig über Entstehen von
Fabriken.

Und dennoch ist es nicht der Import,
sondern die eigene Produktion, auch wenn sie
die teuerste ist, die uns retten und stärken
kann.

Als Beispiel führt der „*Kurjer War-
szawski*“ einige Zahlen an. Ungeachtet der
Teuerung der Rohstoffe, des Arbeiters, der
Kohlen, des Transportes usw. fertigen die
Schiradower Fabriken, die schon teilweise
im Betrieb sind, dieses Leinen an im Preise
von etwa 2 Mark für ein Meter.

Die Lodzer Baumwoll-Manufakturen
produzieren jetzt bei dem hohen Baumwoll-
preise Stoffe für Soldatenwäsche, welche
etwa 2 Mark das Meter kostet.

Wenn wir diese Materialpreise vergleichen
mit den Marktpreisen nach Einführung der
ausländischen Textilstoffe (die billigsten Leinen
dieser Art, ebenso wie die Stoffe kosten etwa
20 Mark das Meter), dann müßte uns schon
diese Gegenüberstellung überzeugen und die
Richtung der wirtschaftlichen Politik andeuten.

Unsere ganze Energie sollten wir in der
Richtung der Produktion anstrengen.

Der Westen muß für unsere Handelswelt
nur existieren, daß wir von dort Rohstoffe
und notwendige Artikel zur Inbetriebsetzung
der Industrie und eventuellen Deckung des
Mangels an Lebensmitteln einführen können.

Das ganze Volk muß seine Bedürfnisse
einschränken solange es nicht selbst so viel
produziert, um sie decken zu können oder
eine Ware besitzt, welche es mit einer anderen
austauschen kann.

Sogar die teuerste Produktion wird der
Landeswirtschaft weniger Schaden bringen,
als der billigste Import aus dem Auslande.

Kleine Mitteilungen

Eine Tagung des Deutschen Lehrerverbandes des abzutretenden Regedistrikts.

Der Deutsche Lehrerverband des abzu-
tretenden Regedistrikts hielt am Sonntag, den
19. Oktober, in Wicherts Festsaal in Brom-
berg eine außerordentlich stark besuchte Tagung
ab. Auf der Tagesordnung standen folgende
Punkte: Sicherung der hierbleibenden Lehrer;
Stellung zum Schulprogramm des „Allge-

meinen Deutschen Schulausschusses in Polen“
und Sicherung der abwandernden Lehrer.
Über den ersten Gegenstand referierte Herr
Lehrer Dobbermann-Bromberg. Er stellte
nach vorbereitenden Ausführungen folgende
Forderungen auf: Alle hierbleibenden Lehrer
werden vom preußischen Staat aus als zum
Auslandsdienst beurlaubt angesehen. Sie
können zu jeder Zeit, auch auf eigenen Wunsch,

in preußische Dienste zurückkehren. Durch etwaigen Widerspruch polnischerseits oder Obktion des Lehrers für Polen bleibt dieses Beurlaubtenverhältnis, von Preußen aus gesehen, unberührt. Umzugskosten sowie Schäden, die durch Liquidation oder auf andere Weise entstehen, werden vom preußischen Staate ersetzt. Diese Forderungen müssen durch Ministerialerlaß oder Gesetz festgelegt werden. Der Referent wies darauf hin, daß der Allgemeine Deutsche Schulausschuß in Polen solche Forderungen auch schon an das preußische Kultusministerium gerichtet hätte und daß der „Deutsche Lehrerverband des westpreußischen Abtretungsgebietes“ diese Forderungen unterstützt hätte. — Ferner stellte der Referent Forderungen auf, die bei den deutsch-polnischen Verhandlungen durchgesetzt werden sollen. — Der Arbeitsausschuß des Verbandes wurde beauftragt, beide Forderungsgruppen an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

Herr Hyzaldirektor Treut sprach sodann zu Punkt 2 in einem ausführlichen Vortrage über den Neuaufbau des deutschen Schulwesens in Polen. Er legte seinen Ausführungen das von dem „Allgemeinen Deutschen Schulausschuß“ aufgestellte Programm zugrunde. Die deutsche Bevölkerung hat das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung. Deshalb fordert sie die Selbstverwaltung des gesamten deutschen Schulwesens. An dem Aufbau, dem Ausbau und der späteren Arbeit des deutschen Schulselbstverwaltungskörpers soll die deutsche Lehrerschaft mitbestimmend beteiligt sein. Das deutsche Schulwesen bleibt aber in jedem Falle ein Teil des staatlichen Gesamtschulwesens. Die oberste deutsche Schulverwaltungsinstanz bildet eine deutsche Abteilung im polnischen Ministerium des Abtretungsgebietes. Der Staat hat den deutschen Schulen gegenüber die gleiche gesetzliche Unterhaltungspflicht, wie sie für polnische Schulen gilt. Die Anstellung der deutschen Lehrkräfte wird nach den allgemeinen staatlichen Regeln durch die oberste deutsche

Schulbehörde besorgt. Die deutschen Lehrkräfte stehen aber zu dem Staate in dem gleichen Anstellungsverhältnisse wie die polnischen Lehrpersonen und genießen in jeder Hinsicht mit diesen die gleichen Rechte. Die Schulaufsicht wird durch bewährte deutsche Lehrkräfte ausgeübt. Die polnische Sprache ist in allen deutschen Schulen ordentliches Lehrfach.

Der Schulselbstverwaltungskörper bildet sich schon heute. Deshalb werden in Stadt und Land deutsche Ortsschulausschüsse gegründet. Der Allgemeine Deutsche Schulausschuß ist die vorläufige Spitze der deutschen Schulselbstverwaltung.

In der Sicherung der im Lande verbleibenden deutschen Lehrerschaft durch den preußischen Staat hat er eine seiner Hauptaufgaben erblickt und den jüngsten Sicherungserlaß des Herrn Ministers herbeigeführt. Lehrerschaft und Bevölkerung müssen einmütig hinter dem Allgemeinen Deutschen Schulausschuß stehen und sein Schulprogramm zu verwirklichen trachten. Dieses will für die deutschen Schulen aller Gattungen und die deutschen Lehrkräfte einen sicheren Schutzwall in dem deutschen Schulselbstverwaltungskörper hinstellen. Wegen kleiner Sonderwünsche und Eigenbestrebungen darf auch die Lehrerschaft das große Ziel nicht aus den Augen lassen. Die Lehrerverbände werden nach wie vor die besonderen Forderungen der Lehrerschaft zu vertreten haben.

Von der Versammlung wurden einige Änderungen des Programms gefordert. Diese wird der Arbeitsausschuß schriftlich formulieren und dem Allgemeinen Deutschen Schulausschuß in Polen überreichen.

Zu Punkt 3 berichtete Herr Lehrer Rüdte über die Bemühungen des Verbandes zur Sicherung der Lehrer, die abwandern wollen. Die Abwanderung ist grundsätzlich in das freiwillige Ermessen der Lehrer gestellt und die beschleunigte Unterbringung im Reich ist durch Ministerialerlaß gewährleistet.